



**Demografie-  
Strategisches  
Forum  
Bad Säckingen e.V.**

## **Fachgespräch mit Franz Müntefering im DSF**

**Zusammenfassung des Besuches des ehemaligen Vizekanzlers und  
Bundesministers beim DSF am 16.08.2017**

### **Einleitung**

Die Anfrage der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter, ob das DSF Interesse an einem Gedankenaustausch mit Franz Müntefering habe, stieß beim Vorstand und den Mitgliedern auf große Zustimmung. Im bis auf den letzten Platz gefüllten und dicht besetzten Seminarraum des St. Marienhauses konnten am 16.08.2017 die DSF-Mitglieder neben Franz Müntefering auch Rita Schwarzelühr-Sutter und den Bürgermeister von Bad Säckingen, Alexander Guhl, begrüßen.

Anwesend waren zudem auch die Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Karin Rehbock-Zureich sowie der Ortsvereinsvorsitzende Alexander Wunderle mit einigen Mitgliedern. Insgesamt nahmen 30 Personen an dem Fachgespräch teil.

Franz Müntefering ist weiterhin ehrenamtlich aktiv. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Seniorenorganisationen befasst er sich seit einigen Jahren mit dem Älterwerden in unserer Zeit und mit der Sterbebegleitung. Zudem ist er gegenwärtig Präsident des Arbeiter Samariter Bundes.

In seinen Eingangsausführungen hob Franz Müntefering einige Aspekte des demografischen Wandels als Handlungsfelder hervor. Daran schloss sich eine rege Diskussion an, bis nach fast zweieinhalb Stunden das Fachgespräch seinen Ausklang fand.

## Franz Müntefering – Impuls

Unser Gast sprach eine ganze Palette bedeutsamer Themen an, die im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel zu betrachten und als Herausforderungen in der Zukunft zu bewältigen sind.

- **Binnenwanderung** → Während die Großstädte und Metropolregionen wachsen, der Wohnraum dort (vor allem zu erschwinglichen Mieten) immer knapper wird und die berufliche Zukunft eher in den größeren Städten gesucht werde, dünnen die ländlichen Gebiete zunehmend aus, was als erhebliches demografisches Problem zu betrachten sei.

Vor diesem Hintergrund kommt es nach Franz Müntefering darauf an, Lebensperspektiven vor allem für junge Frauen und genügend Berufsorientierung zu schaffen, damit die Anreize, in Metropolen ziehen zu wollen, reduziert werden und somit sich Familien entscheiden, im ländlichen Milieu mit seinen Vorzügen seinen Lebensmittelpunkt zu suchen.

- **Sieber Altenbericht** → Franz Müntefering befürwortet die Empfehlung aus dem 7. Altenbericht der Bundesregierung, ein „Alterssicherungsgesetz“ auf den Weg zu bringen. In diesem Gesetz müsse es darum gehen, die Altenhilfestrukturen zu fördern, auszubauen, zu verstetigen und gesetzlich zu flankieren.<sup>1</sup>
- **Demografisches Problem Wohnraum** → Zum einen besteht vor allem in den Metropolregionen und Städten wachsender Wohnraummangel, während in ländlichen Gebieten Wohnraum leer stünde. Es gäbe im Osten von Deutschland sogar „Häuser zu verschenken“. Politik müsse hier ansetzen, Wohnen im ländlichen Raum (wieder) attraktiv zu machen. Auch sei es notwendig, Wohnungsbau insofern zu fördern, dass vor allem ältere Menschen es sich leisten können, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können und nicht durch Mietsteigerungen einer Verdrängung in Randgebiete oder strukturschwache Gebiete verdrängt zu werden.

---

<sup>1</sup> Anm.: d. Verf.: Im Altenbericht wird von der Sachverständigenkommission ein „Leitgesetz zur Stärkung einer Politik für ältere und mit älteren Menschen...“ unter den Gesichtspunkten der Teilhabe und Hilfe zu einem kohärenten Politikansatz zu entwickeln, vorgeschlagen. In der Empfehlung wird die Bundesregierung aufgefordert, die Voraussetzungen für ein solches Gesetzesvorhaben zu prüfen und zu klären.

- **Rente** → Bis ins Jahr 2030 sieht Franz Müntefering die Renten bei gleichbleibender Beitrags- und Leistungshöhe gesichert. Er erinnert daran, dass der Bundeszuschuss in die Rentenkasse derzeit bei 70 Milliarden Euro liege. Einer Absenkung der Rentenhöhe aufgrund der demografischen Entwicklungen erteilt er eine Absage. Allerdings müsse in Betracht gezogen werden, dass über die Beiträge das gegenwärtige Leistungsniveau nicht gehalten werden könne, weswegen der steuerfinanzierte Bundeszuschuss entsprechend anzupassen sei und möglicherweise bis zu 120 Milliarden Euro jährlich bis 2045 aufzubringen wären.

### **Hartmut Fricke – Impuls des DSF**

Zunächst sprach Hartmut Fricke zum Thema Rente die steigende Anzahl der prekären bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnisse an, die letztlich die Einnahmen der Rentenversicherung schmälern. Insbesondere seien zu zwei Dritteln der Arbeitsverhältnisse Frauen betroffen. Ebenso wachse der Sozialstaat schneller als die Wirtschaft, was volkswirtschaftlich die Frage aufwirft, wie in Zukunft die Renten gesichert werden könnten, auch wenn der Bundeszuschuss erhöht werde.

- **Zukunft der Krankenversicherung (GKV)** → Durch die Abnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bei gleichzeitiger Zunahme von Leistungsempfängern und dem wachsenden Bedarf an Leistungen benötige die GKV bis 2060 einen Beitragssatz von 52%, um das Leistungsniveau beibehalten zu können. Dieses Modell sei ohne Leistungsanpassungen unrealistisch umzusetzen. Hartmut Fricke wirft die Frage auf, wie das finanziert werden soll und welche Bedeutung diese Entwicklungen für die Leistungen der GKV zukünftig haben werde.
- **Perspektiven des Gesundheitssystems** → Hartmut Fricke stellt die Frage in den Raum, inwieweit es politisch verantwortbar sei, dass elementare Daseinsvorsorgeeinrichtungen wie die Krankenhausversorgung oder einzelne Sektoren daraus als „unrentabel“ bewertet würden, während sich in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, z.B. Schulen, Museen oder die Feuerwehr, die Frage der „Rentabilität“ nicht stelle. Durch die Ökonomisierung des Gesundheitssystems sei sowohl eine Gefährdung der Daseinsvorsorge durch sinkende Versorgungsqualität als auch die Gefährdung der ländlichen Gesundheitsstandorte – wie beispielsweise

Bad Säckingen – zu beobachten. Ebenso sprach der DSF-Vorsitzende die nur auf dem Papier existierende Gleichberechtigung der Partner in der Selbstverwaltung an. Dass diese noch funktioniere, sei ein Irrtum. Ein Ergebnis dieser Einschätzung sei darin zu erkennen, dass faktisch kaum noch Rehabilitationseinrichtungen am Standort Bad Säckingen und anderenorts existieren würden.

Es sei in allen Sektoren des Gesundheitssystems sichtbar, dass Gesundheit zur Ware geworden ist (was am deutlichsten an den DRGs erkennbar sei). Gerade im Krankenhausbereich würden Behandlungen und Eingriffe zunehmend nicht mehr nach medizinischen Kriterien vollzogen, sondern sie würden danach bewertet, welche Fallpauschale und den sich daraus ergebenden Maßnahmen die größtmöglichen Erträge verspricht.

Für die Mitglieder des DSF sei es nicht nachvollziehbar, wie nach dem „Gießkannenprinzip“ zur Krankenhausinvestitionskostenfinanzierung aus dem Bundeshaushalt 2,7 Milliarden Euro bereit gestellt würden, wenn ein Bedarf an 6 Milliarden Euro zur Sanierung und Modernisierung der Krankenhäuser in Deutschland benötigt würden. Während von Experten bei kleineren Krankenhäusern nur noch eine Zukunft als spezialisierte Einrichtungen im Verbund oder als Satelliten von Maximalversorgungseinrichtungen gesehen würden, werden nach Ansicht des DSF lokale und geografische Besonderheiten in diesem Konstrukt nicht berücksichtigt. Somit würde sich die zukünftige Krankenhausversorgung nicht mehr an den tatsächlichen Bedarfslagen der Bevölkerung in der Region orientieren und sich zu Lasten der Daseinsvorsorge dem Diktat der Wirtschaftlichkeit unterwerfen.

**Vorschlag des DSF zur gesundheitlichen Versorgung:** Die Kommunen müssen sowohl finanziell als auch mit fachlicher Beratungs- und Begleitungskompetenz gestärkt werden, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ein **regionales Konzept** zur bedarfsgerechten und lokal angemessenen Gesundheitsversorgung zu entwickeln. Wesentliche Kernelemente dieser Versorgungskonzeption sind: Krankenhausversorgung, Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung, Pflege, Demenzkrankenbetreuung, Angehörigenentlastung, Prävention, Rehabilitation und Aufbau informeller Netzwerke im Sinne sorgender Gemeinschaften.

Besonders sei in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die örtlichen Akteure, denen die lokalen Besonderheiten und Bedarfslagen vertraut sind, genauso einbezogen werden wie die Bürger. Gerade die Bürgerbeteiligung sei im besonderen Maße auf der kommunalen Ebene zu etablieren.

Es müsse der politische Wille gezeigt werden, die inflationäre Finanzierung von Pilotprojekten einzustellen und eine nachhaltige, dauerhaft angelegte Förderung der Kommunen zu ermöglichen. Der Wandel von schablonenhaften Erklärungen über die „Stärkung der Kommunen“ zur praktisch spürbaren kommunalen Befähigung sei zu vollziehen.<sup>2</sup>

Das DSF weise seit nunmehr 2 Jahren auf die Notwendigkeit einer systematischen und bedarfsorientierten Versorgungsplanung hin.

### **Bürgermeister Alexander Guhl – Diskussion**

- **Gesundheitsstandort** → Für Bürgermeister Alexander Guhl sind der Erhalt des Gesundheitsstandortes und die Klärung der Spitalkrise die zentralen demografischen Themen. In diesem Zusammenhang sei das Kliniksterben im Reha-Bereich neben dem emotionalen Thema der Spitalfrage aus seiner Sicht sehr zu bedauern.
- **Genügend bezahlbarer Wohnraum** → Alexander Guhl hob darauf ab, dass eines der wichtigsten demografischen Themen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sei. Die Wohnungsknappheit in Bad Säckingen sähe er als drängendes Problem. Er äußerte die Befürchtung, dass mit Blick auf die gegenwärtige Bautätigkeit und den Mietpreisen die Gefahr bestünde, dass Bad Säckingen zur Wohnstadt von Erwerbstätigen des Nachbarlandes würden. Als Grenzstadt sei Bad Säckingen einigen Besonderheiten unterworfen, die berücksichtigt werden müssten.

---

<sup>2</sup>Ergänzung: Im 7. Altenbericht der Bundesregierung heißt es hierzu: *Daseinsvorsorge soll gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern betrachtet, geplant und gestaltet werden. Die Aufgabe der Kommunen im Rahmen der Koproduktion von Daseinsvorsorge ist zu großen Teilen Management, Vernetzung und Ermöglichung. Bund und Länder müssen dafür die Kommunen mit den nötigen Kompetenzen ausstatten und die rechtlichen, finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen schaffen. Um nachhaltige Strukturen für koproduktive Daseinsvorsorge zu entwickeln und zu erhalten, genügen zeitlich befristete Projektfinanzierungen nicht. Vielmehr bedarf es einer strukturellen, dauerhaft angelegten Förderung.*

## Rita Schwarzelühr-Sutter - Diskussion

Sowohl zur Begrüßung und Einführung als auch in der Diskussion hob die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin die demografische Herausforderung der zukünftigen Pflege sowie geeigneten Wohnraum für ältere Menschen als Themen hervor.

- **Pflege** → Es sei von großer Bedeutung, dass sowohl Pflegende als auch pflegebedürftige Menschen für eine angemessene und geeignete Pflege entsprechende Rahmenbedingungen erhielten. Insbesondere im Wettbewerb mit den Stellenangeboten in der benachbarten Schweiz seien die Herausforderungen in Grenznähe besonders groß. Hier gelte es, vernünftige Versorgungsstrukturen für Pflegende und für Pflegebedürftige bereitzustellen.
- **Wohnraum für ältere Menschen** → Vor allem käme es darauf an, wie die Kommunen mit der Nachfrage nach geeignetem Wohnraum für ältere Menschen, in denen Sie auch bei Pflegebedürftigkeit verbleiben können, umgehen werden. Hier entstünde in den kommenden Jahren noch ein erheblicher Bedarf.

## Franz Münterfering - Diskussion

- **Rente/GKV** → Voraussetzung für die Sicherung der Renten und der Krankenversicherung seien stabile Löhne. Es müsse möglich sein, dass Menschen, die über keine akademischen Abschluss verfügen, von Ihrer Arbeit leben können. Es sei leider immer weniger gesellschaftlich akzeptiert, dass einerseits einfache Jobs gebraucht aber andererseits auch gut bezahlt werden müssten.

Es könne nicht sein, dass alle nach höheren Bildungsabschlüssen streben würden und immer weniger Menschen bereit seien, einfache aber dennoch angemessen bezahlte Tätigkeiten auszuüben. Die Gesellschaft dürfe sich nicht nur an einer möglichst hohen Schulbildung orientieren. Es gelte vielmehr, wieder Vertrauen in die Herzensbildung zu setzen.

- **Stärkung der Kommunen** → Der politische Wille, Kommunen mehr Eigenverantwortlichkeit einzuräumen, sei das eine. Die andere Seite der Medaille läge in Erkenntnis, dass sich die Kommunen verstärkt bemühen

müssten, für alle Generationen attraktiv zu sein. In diesem Zusammenhang kam Franz Müntefering noch einmal auf das Thema der Binnenwanderung zu sprechen: Kommunen müssten sich dessen bewusst sein, welche Auswirkungen die Wanderungen in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf die Städte haben.

- **Prävention** → In den Augen des ehemaligen Vizekanzlers kommt die Wirksamkeit der Prävention in den Diskussionen zu kurz. In die Prävention sei in Zukunft deutlich mehr zu investieren.
- **Gesundheitsversorgung** → Mit Blick auf die Spitaldiskussion im Landkreis Waldshut habe Franz Müntefering zu wenig Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten, um glaubwürdige Antworten geben zu können. Wörtlich sagte er: „Das Krankenhaus und die gesundheitliche Versorgung müssen zur Region passen.“ In der regionalen Zusammenarbeit läge der Schlüssel, Probleme zu lösen.

Im Anschluss an die Diskussion verabschiedete sich Franz Müntefering persönlich von jeder einzelnen Teilnehmerin und jedem Teilnehmer.